

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1989

Ausgegeben am 10. März 1989

52. Stück

126. Notenwechsel zwischen Österreich und der EWG über die Inanspruchnahme der Zollermäßigung für EG-Qualitätsweine gemäß den Notenwechseln vom 21. Juli 1972 und 14. Juli 1986
127. Notenwechsel zwischen Österreich und der EWG über das Abkommen betreffend die gegenseitige Einführung von Zollkontingenten für bestimmte Qualitätsweine vom 23. Dezember 1988
128. Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes samt Anlage
(NR: GP XVII RV 573 AB 771 S. 80. BR: AB 3592 S. 508.)

126.

Notenwechsel zwischen Österreich und der EWG über die Inanspruchnahme der Zollermäßigung für EG-Qualitätsweine gemäß den Notenwechseln vom 21. Juli 1972 und 14. Juli 1986

Österreichische Mission bei den
Europäischen Gemeinschaften

Brüssel, 23. Dezember 1988

Herr Generaldirektor,

Ich beziehe mich auf die Zollermäßigung für Qualitätsweine, die Österreich gemäß den Notenwechseln vom 21. Juli 1972 *) und 14. Juli 1986 **) zwischen der EWG und Österreich für Weine mit Ursprung in der Gemeinschaft gewährt. Die Zollermäßigung wurde unter anderem davon abhängig gemacht, daß diese Weine in Flaschen, mit einem Alkoholgehalt in Volumenteilen von 18% Vol. oder weniger zur Einfuhr gelangen und die Flaschen mit einem Korkstöpsel mit einer Länge von 2 cm oder mehr verschlossen sind.

Nach den Gesprächen, die zwischen Vertretern der Kommission der Europäischen Gemeinschaft und Österreichs stattfanden, bestätige ich hiermit, daß Österreich die vorgenannte Zollermäßigung unbeschadet der üblichen Bedingungen, die für die Einfuhr von Wein nach Österreich gelten und unbeschadet des Abkommens vom 23. Dezember 1988 zwischen der EWG und der Republik Österreich über die gegenseitige Einräumung von Zollkontingenten für bestimmte Qualitätsweine ***), unter folgenden Voraussetzungen gewährt:

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 466/1972

**) Kundgemacht in BGBl. Nr. 572/1986

***) Kundgemacht in BGBl. Nr. 758/1988

1. Die Zollermäßigung gilt für Qualitätsweine bestimmter Anbaugebiete gemäß Verordnung (EWG) Nr. 823/87 — ausgenommen Schaumwein — mit Ursprung in der Gemeinschaft und in Behältnissen mit einem Inhalt von zwei Litern oder weniger der Unternummer aus 2204 21 A des österreichischen Zolltarifs. Sie wird unabhängig von dem Alkoholgehalt der Qualitätsweine, der stofflichen Beschaffenheit der Behältnisse, deren Verschlußform und der Länge eines verwendeten Korkstöpsels gewährt.
Bis zur Anwendung der Verordnung (EWG) Nr. 823/87 durch Portugal gelten die im Anhang des obengenannten Abkommens aufgeführten Qualitätsweine mit Ursprung in Portugal als Qualitätsweine bestimmter Anbaugebiete.

2. Auf den Zeugnissen über die Einfuhrfähigkeit in Österreich muß folgender Wortlaut enthalten sein:
„Dieser Wein ist ein Qualitätswein bestimmter Anbaugebiete gemäß EWG-Verordnung Nr. 823/87 (EG — ABl. Nr. L 84 vom 27. 3. 1987).“

Für portugiesische Qualitätsweine gilt bis zur Anwendung der Verordnung (EWG) Nr. 823/87 durch Portugal folgender Zusatz:
„Dieser Wein ist ein Qualitätswein mit Ursprung in Portugal, der den Qualitätsweinen gemäß EWG-Verordnung Nr. 823/87

(EG — ABl. Nr. L 84 vom 27. 3. 1987) gleichgestellt ist.“

Diese Zusätze werden von der ausstellenden Behörde jeweils bescheinigt.

Dieser Notenwechsel tritt am 1. Januar 1989 in Kraft und ersetzt den Notenwechsel vom 5. Februar 1988 ****) zwischen der Kommission der Europäischen Gemeinschaft und den österreichischen Behörden. Er tritt spätestens mit dem Außerkrafttreten des in Absatz 2 genannten Abkommens vom 23. Dezember 1988 außer Kraft.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir Ihre Zustimmung zum Inhalt dieses Schreibens bestätigen würden.

Genehmigen Sie, Herr Generaldirektor, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

W. Wolte
Botschafter

Herrn Stv. Generaldirektor
Rolf Möhler
Generaldirektion Landwirtschaft
der Kommission der Europäischen Gemeinschaften
Rue de la Loi 200
1049 Brüssel

****) Kundgemacht in BGBl. Nr. 176/1988

Kommission der
Europäischen Gemeinschaften
Generaldirektion Landwirtschaft

Brüssel, den 23. Dezember 1988

Herr Botschafter!

Ich beehre mich, Ihnen den Eingang Ihres heutigen Schreibens mit folgendem Wortlaut zu bestätigen:

„Ich beziehe mich auf die Zollermäßigung für Qualitätsweine, ... (es folgt der weitere Text der österreichischen Note) ... Inhalt dieses Schreibens bestätigen würden.“

Ich beehre mich, meine Zustimmung zum Inhalt Ihres Schreibens zu bestätigen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Botschafter, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

R. Möhler
Stellvertretender Generaldirektor

S. E. Herrn Botschafter
Wolfgang Wolte
Österreichische Mission bei den
Europäischen Gemeinschaften
Av. des Lauwaerts, 35—36
B-1050 Bruxelles

Vranitzky

127.

Notenwechsel zwischen Österreich und der EWG über das Abkommen betreffend die gegenseitige Einführung von Zollkontingenten für bestimmte Qualitätsweine vom 23. Dezember 1988

KOMMISSION DER
EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN
GENERALDIREKTION LANDWIRTSCHAFT

Brüssel, den 23. Dezember 1988

Herr Botschafter!

Ich beziehe mich auf das Abkommen in Form eines Notenwechsels vom 23. Dezember 1988 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Österreich über die gegenseitige Einräumung von Zollkontingenten für bestimmte Qualitätsweine. *)

Absatz 7, 2. Unterabsatz dieses Abkommens sieht vor, daß die betreffenden Weine von einer Bescheinigung begleitet werden, die von einer gegenseitig anerkannten amtlichen Stelle erteilt wurde, welche auf einem im Einvernehmen zwischen den beiden Vertragsparteien zu erstellenden Verzeichnis aufgeführt ist.

Gemäß den Konsultationen, die zwischen Vertretern der beiden Vertragsparteien stattfanden, wird für die vorgenannte Bescheinigung folgende Regelung vereinbart:

1. Das für die Einfuhr in die Gemeinschaft vorgeschriebene Dokument V.I.1 oder Teildokument V.I.2. enthält im Feld Nr. 15 einen der folgenden Vermerke:
„Es wird bescheinigt, daß der in diesem Dokument genannte Wein ein Qualitätswein ¹⁾/Qualitätsschaumwein ¹⁾ mit Ursprung in Österreich ist und dem Weingesetz 1985 der Republik Österreich entspricht.“
2. Das für die Einfuhr in Österreich vorgeschriebene Zeugnis über die Einfuhrfähigkeit enthält einen der folgenden Vermerke:
„Dieser Wein ist ein Qualitätswein bestimmter Anbaugebiete gemäß Verordnung (EWG) Nr. 823/87 (EG—ABl. Nr. L 84 vom 27. 3. 1987).“

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 758/1988

¹⁾ Nichtzutreffendes streichen

„Dieser Schaumwein ist ein Qualitätsschaumwein bestimmter Anbaugebiete gemäß Verordnung (EWG) Nr. 358/79 (EG—ABl. Nr. L 54 vom 5. 3. 1979).“

Für portugiesische Weine gilt jedoch bis zur Anwendung der Verordnungen (EWG) Nr. 823/87 und (EWG) Nr. 358/79 durch Portugal einer der folgenden Vermerke:

„Dieser Wein ist ein Qualitätswein mit Ursprung im Portugal, der den Qualitätsweinen gemäß Verordnung (EWG) Nr. 823/87 (EG—ABl. Nr. L 84 vom 27. 3. 1987) gleichgestellt ist.“

„Dieser Schaumwein ist ein Qualitätsschaumwein mit Ursprung in Portugal, der den Qualitätsschaumweinen bestimmter Anbaugebiete gemäß Verordnung (EWG) Nr. 358/79 (EG—ABl. Nr. L 54 vom 5. 3. 1979) gleichgestellt ist.“

Diese Vermerke werden von der ausstellenden Behörde jeweils bescheinigt.

Die in Absatz 7, 2. Unterabsatz des Abkommens genannten amtlichen Stellen sind im Anhang aufgeführt. %

Dieser Notenwechsel tritt am 1. Januar 1989 in Kraft und spätestens mit dem Außerkrafttreten des in Absatz 1 genannten Abkommens vom 23. Dezember 1988 außer Kraft.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir Ihre Zustimmung zum Inhalt dieses Schreibens bestätigen würden.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Botschafter, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

R. Möhler

Stellvertretender Generaldirektor

**S. E. Herrn Botschafter
Wolfgang Wolte**

Österreichische Mission bei den
Europäischen Gemeinschaften

Av. des Klauwaerts, 35—36
B-1050 B r ü s s e l

ANHANG

Liste der amtlichen Stellen, die zur Ausstellung der Bescheinigungen gemäß Absatz 7, 2. Unterabsatz des Zollabkommens EWG/Österreich vom 23. Dezember 1988 berechtigt sind.

(PVIN-2166)

I. Europäische Gemeinschaft

1. Bundesrepublik Deutschland

Landes-Lehr- und Versuchsanstalt für Landwirtschaft, Weinbau und Gartenbau	Ahrweiler
Landes-Lehr- und Versuchsanstalt für Landwirtschaft, Weinbau und Gartenbau	Bad Kreuznach
Landesuntersuchungsinstitut für Lebensmittel, Arzneimittel und Tierseuchen	Berlin
Landesuntersuchungsamt für das Gesundheitswesen Nordbayern	Erlangen
Zugelassene private Laboratorien mit Bestätigung ihrer Zulassung durch das Weinbauamt mit Weinbauschule	Eltville
Chemische Landesuntersuchungsanstalt	Karlsruhe
Landes-Lehr- und Forschungsanstalt für Landwirtschaft, Weinbau und Gartenbau	Neustadt a. d. W.
Kreisordnungsbehörden im Land	Nordrhein-Westfalen
Landesuntersuchungsamt für das Gesundheitswesen Südbayern	Oberschleissheim
Chemische Landesuntersuchungsanstalt	Offenburg
Landes-Lehr- und Versuchsanstalt für Landwirtschaft, Weinbau und Gartenbau	Oppenheim d. Rh.
Staatliches Institut für Gesundheit und Umwelt	Saarbrücken
Chemische Landesuntersuchungsanstalt	Sigmaringen

Chemische Landesuntersuchungsanstalt	Stuttgart
Landes-Lehr- und Versuchsanstalt für Landwirtschaft, Weinbau und Gartenbau	Trier

2. Griechenland

Staatlich-Chemisches Zentrallaboratorium	Athen
Staatlich-Chemisches Regionallaboratorium	Athen, Pireas, Thessaloniki, Patras, Aigio, Volos, Kavala, Rhodos, Heraklio, Larissa, Chalkida, Korinthos, Chania, Rethymno, Ioannia, Kalamata, Lamia, Atalandi, Alexandroupolis, Samos, Mitilini, Kerkyra, Igoumenitsa, Pyrgos, Chios, Livadia, Thiva, Serres, Tripolis, Argostoli, Syros, Preveza, Kozani, Florina, Ag. Nikolaos, Messologi, Veria, Edessa, Xanthi, Katerini, Lefkada, Nafplion.

(PVIN/ES/1004)

3. Spanien

Laboratorio Agrario del Estado en Madrid	Madrid
Laboratorio Agrario del Estado en Santander	Santander
Laboratorio Agrario del Estado en la Coruña	La Coruña
Estación de Viticultura y Enología de Villafranca del Panedés	Villafranca de Panedés (Barcelona)
Estación de Viticultura y Enología de Reus	Tarragona
Laboratorio Agrario Regional	Zaragoza
Estación de Viticultura y Enología de Movera	Zaragoza
Laboratorio Agrario Regional de Burgos	Burgos
Laboratorio Agrario de la Autonomia Valenciana Burjasot	Valencia
Destacamento del Laboratorio Agrario	Alicante
Estación de Viticultura y Enología	Requena
Laboratorio Enológico de el Encin	Madrid
Laboratorio de Enología de Jumilla	Murcia
Laboratorio de la Estación de Viticultura y Enología de Navarra	Navarra
Laboratorio Regional Agrario de Córdoba	Córdoba
Laboratorio Regional Agrario de Granada	Granada
Estación de Viticultura y Enología de Jerez de la Frontera	Jerez de la Frontera (Cádiz)
Laboratorio Agrario de Cáceres	Extremadura
Laboratorio de la Estación de Viticultura y Enología de Almendralejo	Extremadura
Laboratorio de la Estación de Viticultura y Enología de Alcázar de San Juan	Alcázar de San Juan
Laboratorio de la Estación de Viticultura y Enología de Valdepeñas	Valdepeñas

Laboratorio de la Estación de Viticultura y Enología de Haro	La Rioja
Laboratorio de la Estación de Viticultura y Enología de La Guardia	País Vasco

(PVIN-2164)

4. Frankreich

Laboratoire municipal de Chimie de recherche et d'analyse	Nice
Station d'œnologie et de technologie végétale (Institut national de la recherche agronomique)	Narbonne
Laboratoire interrégional de la répression des fraudes, I.U.T.	Marseille
Institut de chimie analytique et de contrôle de la qualité, Université Aix-Marseille-III	Marseille
Laboratoire Peraldi	Aix-en-Provence
Laboratoire départemental et régional de biologie et d'hygiène	Caen
Station viticole du bureau national interprofessionnel du cognac	Cognac
Laboratoire de La Rochelle de l'Institut d'analyses et d'essais du Centre-Ouest	La Rochelle
Laboratoire départemental et régional d'Ajaccio	Ajaccio
Laboratoire départemental de la Haute-Corse	Bastia
Station œnologique de Beaune	Beaune
Centre européen d'analyses de produits industriels et alimentaires Bruant	Dijon
Commissariat à l'énergie atomique, département de protection, service d'hygiène industrielle	Pierre-Latte
Laboratoire départemental agricole et viticole	Eauza
Laboratoire interrégional de la répression des fraudes	Talence
Centre d'études et d'informations œnologique de Grézillac	Branne
Centre d'études et d'informations œnologiques	Pellegrus
Laboratoire de l'union des coopératives vinicoles d'Aquitaine	Coutras
Laboratoire Gérard Gendrot	Bordeaux
Fédération des centres d'études d'informations œnologiques, chambre d'agriculture de la Gironde (service Vins)	Bordeaux
Centre d'études et d'informations œnologique à Pauillac	Pauillac
Centre d'études et d'informations œnologique à Cadillac	Cadillac
Institut d'œnologie, Université Bordeaux	Talence
Laboratoires associés de recherches agricoles	Toulouse
Laboratoire de technologie des produits végétaux (I.N.R.A.), Chemin de Borde-Rouge	Castanet-Tolosan
Laboratoire interrégional de la répression des fraudes à Montpellier	Montpellier
Laboratoire départemental et régional d'analyses et de recherches	Tours
Laboratoire départemental agronomique et œnologique	Blois
Station agronomique, laboratoire régional	Nantes
Station de recherches œnologiques (I.N.R.A.)	Angers
Laboratoire municipal et régional	Reims
Institut français des boissons de la brasserie-malterie	Nancy

Société d'intérêt collectif agricole de vinifications et d'analyses du Centre	Cosne-Cours-sur-Loire
Laboratoire interrégional de la répression des fraudes	Villeneuve-d'Ascq.
Laboratoire municipal de la ville de Clermont-Ferrand	Clermont-Ferrand
Laboratoire d'œnologie de la chambre d'agriculture, maison de l'agriculture	Perpignan
Laboratoire interrégional de la répression des fraudes	Illkirch-Graffenstaden
Laboratoire d'analyses et de recherches bromatologiques et nutritionnelles (Larebron)	Illkirch-Graffenstaden
Station de recherches viticoles et œnologiques (I.N.R.A.)	Colmar
Laboratoire départemental agricole, viticole et œnologique	Villefranche
Laboratoire municipal de chimie	Lyon
Laboratoire départemental de chimie agricole et d'œnologique de Mâcon	Mâcon
Laboratoire municipal de la ville de Rouen	Rouen
Laboratoire municipal de la ville du Havre	Le Havre
Laboratoire municipal de la ville d'Amiens	Amiens
Laboratoire œnologique départemental	Gaillac
Laboratoire municipal de Toulon	Toulon
Comité interprofessionnel des vins des Côtes-du-Rhône	Avignon
Institut d'analyses et d'essais du Centre-Ouest	Poitiers
Station agronomique de l'Yonne	Auxerre
Laboratoire central de la répression des fraudes	Massy
Oénofrance	Rueil-Malmaison
Laboratoire pour le traitement des vins et spiritueux	Charenton-le-Pont
S.A. Martin Vialatte	Champigny-sur-Marne
Laboratoire régional de la répression des fraudes	Saint-Denis-De-La-Réunion
Laboratoire municipal et régional	Nîmes
Institut de nutrition	Tours
Institut Pasteur de Lyon	Lyon

5. Italien

Istituto Tecnico Agrario Sperimentale «Umberto I°» — Specializzato per la Viticoltura e l'Enologia — Laboratorio Chimico	Alba (CN)
Istituto Regionale della Vite e del Vino di Palermo — Laboratorio di Alcamo	Alcamo (TP)
Istituto tecnico Agrario Statale «Celsio Ulpiani» specializzato per la Viticoltura e l'Enologia	Ascoli Piceno
Istituto Sperimentale per l'Enologia	Asti
Istituto Tecnico Agrario Statale «Francesco de Sanctis» — specializzato per la Viticoltura e l'Enologia	Avellino
Laboratorio Chimico Compartimentale delle Dogane ed Imposte Indirette	Bari
Istituto Sperimentale Agronomico	Bari
Istituto di Industrie Agrarie dell'Università degli Studi	Bari

Istituto Sperimentale per l'Enologia di Asti Sezione Operativa di Barletta	Barletta (BA)
Università degli Studi di Bologna Centro di ricerche viticole ed enologiche Sezione Enologica	Bologna
Laboratorio Chimico Compartimentale delle Dogane ed Imposte Indirette	Bologna
Presidio Multizonale di Igiene e Prevenzione U.S.L. n. 41	Brescia
Istituto Tecnico Agrario Statale «Duca degli Abruzzi» — Laboratorio di Chimica Agraria	Cagliari
Istituto Sperimentale per la Cerealicoltura Sezione Operativa Periferica di Catania	Catania
Laboratorio Chimico Compartimentale delle Dogane e Imposte Indirette	Catania
Istituto Tecnico Agrario Statale «F. Eredia» specializzato per la viticoltura e l'enologia	Catania
Istituto Sperimentale per la Viticoltura	Conegliano (TV)
Istituto Tecnico Agrario Statale con ordinamento speciale per la viticoltura e l'enologia Laboratorio di Chimica Agraria	Conegliano (TV)
Laboratorio Chimico dell'Istituto Tecnico Agrario Statale	Fabriano (AN)
Laboratorio di Chimica Agraria annesso all'Istituto Tecnico Statale per Geometri «G. Salvemini»	Firenze
Istituto di Industrie Agrarie dell'Università degli Studi	Firenze
Ministero Agricoltura e Foreste — Ufficio Enologico	Genova
Laboratorio Chimico Compartimentale delle Dogane e Imposte Indirette	Genova
Istituto Sperimentale per la Nutrizione delle Piante — Sezione Operativa di Gorizia	Gorizia
Laboratorio Chimico Compartimentale delle Dogane e Imposte Indirette	Livorno
Istituto Tecnico Agrario Statale specializzato per la viticoltura e l'enologia «A. Damiani»	Marsala (TP)
Istituto Regionale delle Vite e del Vino di Palermo — Sezione Sperimentale de Marsala	Marsala (TP)
Istituto di Chimica Agraria dell'Università degli Studi — Facoltà di Agraria	Milano
Istituto di Industrie Agrarie dell'Università degli Studi — Facoltà di Agraria	Milano
Laboratorio Chimico Compartimentale delle Dogane e Imposte Indirette	Milano
Regione Siciliana — Cantina Sperimentale	Milazzo (ME)
Istituto Agronomico Sperimentale di Bari Sezione Operativa di Modena	Modena
Laboratorio Chimico Compartimentale delle Dogane e Imposte Indirette	Napoli
Regione Siciliana — Cantina Sperimentale	Noto (SR)
Istituto Regionale della Vite e del Vino di Palermo — Sezione Sperimentale di Pachino	Pachino (SR)
Istituto Regionale della Vite e del Vino di Palermo	Palermo

Laboratorio Chimico Compartimentale delle Dogane e Imposte Indirette	Palermo
Laboratorio di Chimica Agraria annesso al Vivaio governativo di viti americane	Palermo
Istituto Regionale della Vite e del Vino di Palermo Sezione Sperimentale di Partinico	Partinico (PA)
Istituto di Chimica Agraria dell'Università degli Studi	Perugia
Istituto di Enologia della Facoltà di Agraria Università Cattolica del Sacro Cuore	Piacenza
Istituto di Chimica Agraria dell'Università degli Studi	Pisa
Istituto di Chimica Agraria dell'Università degli Studi	Portici (NA)
Laboratorio Statale di Chimica Agraria dell'Istituto Tecnico Agrario «A. Zanelli»	Reggio Emilia
Regione Siciliana — Ufficio Enologico	Riposto (CT)
Laboratorio Chimico Centrale delle Dogane e Imposte Indirette	Roma
Laboratorio di Analisi e Ricerche dell'Istituto Agrario Provinciale	San Michele all'Adige (TN)
Presidio Multizonale di Igiene e Prevenzione Unità Operativa Chimica	Sondrio
Istituto Sperimentale per la Nutrizione delle Piante — Sezione Operativa di Torino	Torino
Laboratorio Chimico Compartimentale delle Dogane e Imposte Indirette	Torino
Presidio Multizonale di Prevenzione Servizio Chimico Ambientale — U.S.L. n. 1 Triestina	Trieste
Laboratorio Chimico Merceologico della Camera di Commercio, Industria, Artigianato ed Agricoltura	Trieste
Laboratorio Chimico Compartimentale delle Dogane e Imposte Indirette	Trieste
Istituto Sperimentale per l'Enologia di Asti Sezione Operativa di Velletri	Velletri
Laboratorio Chimico Compartimentale delle Dogane e Imposte Indirette	Venezia-Mestre
Presidio Multizonale di Igiene e Prevenzione — Sezione Chimico Ambientale — U.S.S.L. n. 25	Verona
Laboratorio Chimico Compartimentale delle Dogane e Imposte Indirette	Verona

6. Luxemburg

Institut viti-vinicole de Remich	L-5501 Remich
----------------------------------	---------------

7. Portugal

Instituto da Vinha e do Vinho	Lisboa
Comissão de Viticultura da Região dos Vinhos Verdes	Porto
Federação dos Viticultores do Dão	Viseu
Instituto do Vinho da Madeira	Funchal
Instituto do Vinho do Porto	Porto

II. Republik Österreich

Landwirtschaftlich-Chemische Bundesanstalt	Wien
Landwirtschaftlich-Chemische Bundesanstalt	Linz
Landwirtschaftlich-Chemische Bundesanstalt — Weinabteilung Burgenland —	Eisenstadt
Bundesanstalten für Lebensmitteluntersuchung	Wien, Linz, Graz, Innsbruck
Landwirtschaftlich-Chemische Landesversuchs- und Untersuchungsanstalt	Graz
Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau	Klosterneuburg
Kammer der gewerblichen Wirtschaft für das Burgenland	Eisenstadt
Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Niederösterreich	Wien
Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Tirol	Innsbruck
Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien	Wien
Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Kärnten	Klagenfurt
Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Steiermark	Graz
Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Oberösterreich	Linz
Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Vorarlberg	Feldkirch
Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Salzburg	Salzburg

**ÖSTERREICHISCHE MISSION BEI DEN
EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN**

Brüssel, 23. Dezember 1988

Herr Generaldirektor,

Ich beehre mich, Ihnen den Eingang Ihres heutigen Schreibens mit folgendem Wortlaut zu bestätigen:

„Ich beziehe mich auf das Abkommen in Form eines Notenwechsels vom 23. Dezember 1988 (es folgt der weitere Text der Note der EWG samt Anhang) Zustimmung zum Inhalt dieses Schreibens bestätigen würden.“

Ich beehre mich, meine Zustimmung zum Inhalt Ihres Schreibens zu bestätigen.

Genehmigen Sie, Herr Generaldirektor, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

W. Wolte
(Botschafter)

Herrn Stv. Generaldirektor
Rolf Möhler

Generaldirektion Landwirtschaft
der Kommission der Europäischen Gemeinschaften
Rue de la Loi 200
1049 B r ü s s e l

Vranitzky

128.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages samt Anlage wird genehmigt.

A b k o m m e n

zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes

Die Regierung der Republik Österreich und die Regierung der Deutschen Demokratischen Repu-

blik — die beiden Seiten dieses Abkommens — sind,

in dem Wunsch, die Beziehungen zwischen der Republik Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik auf der Grundlage der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa weiter zu vertiefen,

in der Überzeugung, daß die Zusammenarbeit durch Informations- und Erfahrungsaustausch auf

dem Gebiet des Strahlenschutzes für den Schutz der in Strahlenschutzbereichen tätigen Personen, der Bevölkerung und der Umwelt vor Strahlengefahren von Bedeutung ist,

unter Berücksichtigung des Übereinkommens über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen *), insbesondere seines Artikels 9, und der bewährten Prinzipien der Zusammenarbeit in der Internationalen Atomenergie-Organisation,

wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Dieses Abkommen wird angewendet auf nukleare Anlagen und Tätigkeiten, wie sie im Artikel 1 des Übereinkommens über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen aufgeführt sind.

Artikel 2

(1) Die beiden Seiten konsultieren einander einmal im Jahr und bei besonderen Anlässen über die allgemeine Entwicklung der friedlichen Nutzung der Kernenergie, insbesondere über Rechtsgrundlagen des Strahlenschutzes sowie über Methoden und Ergebnisse der Strahlenschutzüberwachung der in Strahlenschutzbereichen tätigen Personen, der Bevölkerung und der Umwelt.

(2) Die beiden Seiten informieren einander über ihre Kernreaktoren sowie über ihre Anlagen für bestrahlte Kernbrennstoffe und für die Endlagerung radioaktiver Abfälle.

Artikel 3

(1) Die beiden Seiten benachrichtigen einander unverzüglich auf direktem Wege über nukleare Unfälle in Kernanlagen oder bei sonstigen Tätigkeiten, die durch Freisetzung radioaktiver Stoffe das Hoheitsgebiet des anderen Staates beeinflussen können.

(2) Die beiden Seiten benachrichtigen einander über ungewöhnlich erhöhte Werte der Radioaktivität auf dem jeweiligen Hoheitsgebiet, die nicht auf einen nuklearen Unfall in einer Kernanlage oder bei einer sonstigen Tätigkeit auf diesem Hoheitsgebiet zurückzuführen sind.

Artikel 4

Der Inhalt der gemäß Artikel 2 geführten Konsultationen und übermittelten Informationen kann ohne Einschränkung genutzt werden, es sei denn, er wurde von einer Seite als vertraulich erklärt. Die Weitergabe vertraulicher Informationen an Dritte darf nur in gegenseitigem Einverständnis erfolgen.

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 186/1988

Artikel 5

(1) Dieses Abkommen tritt mit dem ersten Tag des dritten Monats nach dem Monat in Kraft, in dem die beiden Seiten einander schriftlich auf diplomatischem Wege mitgeteilt haben, daß die jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten gegeben sind.

(2) Änderungen und Ergänzungen des vorliegenden Abkommens sind zwischen den beiden Seiten zu vereinbaren und bedürfen der Schriftform. Änderungen der in der Anlage genannten Kontaktstellen werden der anderen Seite schriftlich auf diplomatischem Wege mitgeteilt.

(3) Die beiliegende Anlage ist Bestandteil dieses Abkommens. %

(4) Dieses Abkommen wird für unbegrenzte Zeit abgeschlossen. Es kann von jeder Seite schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden; in einem solchen Fall verliert es nach sechs Monaten, vom Tage des Eingangs der Kündigung, seine Gültigkeit.

Geschehen zu Wien am 3. Mai 1988 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für die Regierung der Republik Österreich:

Alois Mock

Für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik:

Georg Sitzlack

Anlage

zum Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes

1. Zu Artikel 2 Absatz 2 des Abkommens:

1.1 Informationen über in Betrieb befindliche und geplante Kernreaktoren sowie Anlagen für bestrahlte Kernbrennstoffe und für die Endlagerung radioaktiver Abfälle umfassen folgende Angaben, um eine Beurteilung der Auswirkungen eines nuklearen Unfalls in einer solchen Anlage für das Hoheitsgebiet des jeweiligen Staates zu erlauben:

- Name der Anlage
- Standort und Adresse
- Eigentümer
- Betreiber
- Zweck
- Hauptparameter der Anlage
- Gegenwärtiger Status
- Betriebsweise

- Beschreibung des Standortes
 - Behandlung und Lagerung radioaktiver Abfälle und bestrahlter Kernbrennstoffe
- 1.2 Für Kernreaktoren werden insbesondere folgende Hauptparameter angegeben:
- Reaktortyp
 - Leistung
 - Spaltzone (zB Geometrie, Brennstoff, Beladung, Anreicherung, Abbrand, Leistungsdichte)
 - Reaktorgefäß
 - Kühlmittel und Kühlkreisläufe (primär und sekundär)
 - Dampferzeuger
 - zulässige Abgaben radioaktiver Stoffe in die Umwelt
 - Art des Sicherheitseinschlusses
 - Sicherheitssysteme
- 1.3 Informationen über geplante Kernreaktoren sowie Anlagen für bestrahlten Kernbrennstoff und die Endlagerung radioaktiver Abfälle werden nach der Erteilung der staatlichen Genehmigung zur Errichtung gegeben.
- 1.4 Über die Inbetriebnahme wird spätestens sechs Monate vor dem Inbetriebnahmetermin informiert.
2. Zu Artikel 3 Absatz 1 des Abkommens:
- Die Benachrichtigung erfolgt gemäß den Bestimmungen des Artikels 5 Absätze 1 und 2 des Übereinkommens über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen.
3. Zu Artikel 3 Absatz 2 des Abkommens:
- Die Benachrichtigung über ungewöhnlich erhöhte Werte der Radioaktivität umfaßt die Angabe, soweit verfügbar,
- der Aktivität und Dosisleistung,
 - der Radionuklide,
 - des Meßortes,
 - des Meßzeitpunktes,
 - der meteorologischen Bedingungen zum Zeitpunkt der Messung.
4. Die Übermittlung der Informationen gemäß Artikel 2 erfolgt, sofern sie nicht im Rahmen der Konsultationen gegeben werden,
- seitens der Republik Österreich an das Staatliche Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz der Deutschen Demokratischen Republik,
 - seitens der Deutschen Demokratischen Republik an das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Österreich.
5. Die Übermittlung der Informationen gemäß Artikel 3 erfolgt
- seitens der Republik Österreich an das Staatliche Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz der Deutschen Demokratischen Republik
Telefon: Berlin 5020
Telex: 112632 saas dd,
 - seitens der Deutschen Demokratischen Republik an die Bundeswarnzentrale des Bundesministeriums für Inneres der Republik Österreich
Telefon: Wien 535 63 63
Telex: 114095 minn a
Telefax: 535 63 64.

Die Mitteilungen gemäß Art. 5 Abs. 1 des Abkommens wurden am 30. Juni 1988 bzw. 16. Jänner 1989 abgegeben; das Abkommen tritt daher gemäß seinem Art. 5 Abs. 1 mit 1. April 1989 in Kraft.

Vranitzky



BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der **Bezugspreis** des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 2500 Seiten S 939,— inklusive 10% Umsatzsteuer für Inlands- und S 1 039,— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Der Bezugspreis kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verkaufspreises von S 1,80 inklusive 10% Umsatzsteuer für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 9,— inklusive 10% Umsatzsteuer für das Stück, im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 78 76 31—39/295 oder 327 Durchwahl, sowie bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 1010 Wien, Kohlmarkt 16, Tel. 533 17 81.

Bezugsanmeldungen werden von der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 78 76 31—39/294 Durchwahl, entgegengenommen.

Als Bezugsanmeldung gilt auch die Überweisung des Bezugspreises oder seines ersten Teilbetrages auf das Postscheckkonto Wien Nr. 7272.800. Die Bezugsanmeldung gilt bis zu einem allfälligen schriftlichen Widerruf. Der Widerruf ist nur mit Wirkung für das Ende des Kalenderjahres möglich. Er muß, um wirksam zu sein, spätestens am 15. Dezember bei der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, einlangen.

Die **Zustellung** des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, den Bezugspreis umgehend zu überweisen.

Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 78 76 31—39/294 Durchwahl, anzufordern. Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verkaufspreises abgegeben.